

Neue deutsche Beweglichkeit

Werner Weidenfeld erkennt einen radikalen Wandel der Machtarchitektur in Deutschland.

Wir erleben gegenwärtig eine tiefgreifende parteihistorische Zäsur, deren strategische Konsequenzen erst noch zu bedenken sind. Halten wir uns die historischen Dimensionen dieses Wandels der Machtarchitektur vor Augen, die durch reichhaltiges empirisches Datenmaterial grundiert ist.

Bisher prägten nur einige wenige Einschnitte die Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland: die Integrationsphase der Volksparteien in den 50er-Jahren; die machtpolitische Konzentration auf eine einfache Koalitionskonstellation der drei Fraktionen des Deutschen Bundestages in den 60er- und 70er-Jahren; dann Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre die Pluralisierung des linken Randes. 1998 wurde erstmals seit 1949 vom Wähler ein Regierungswechsel erzwungen, nicht durch bloßen Koalitionswechsel.

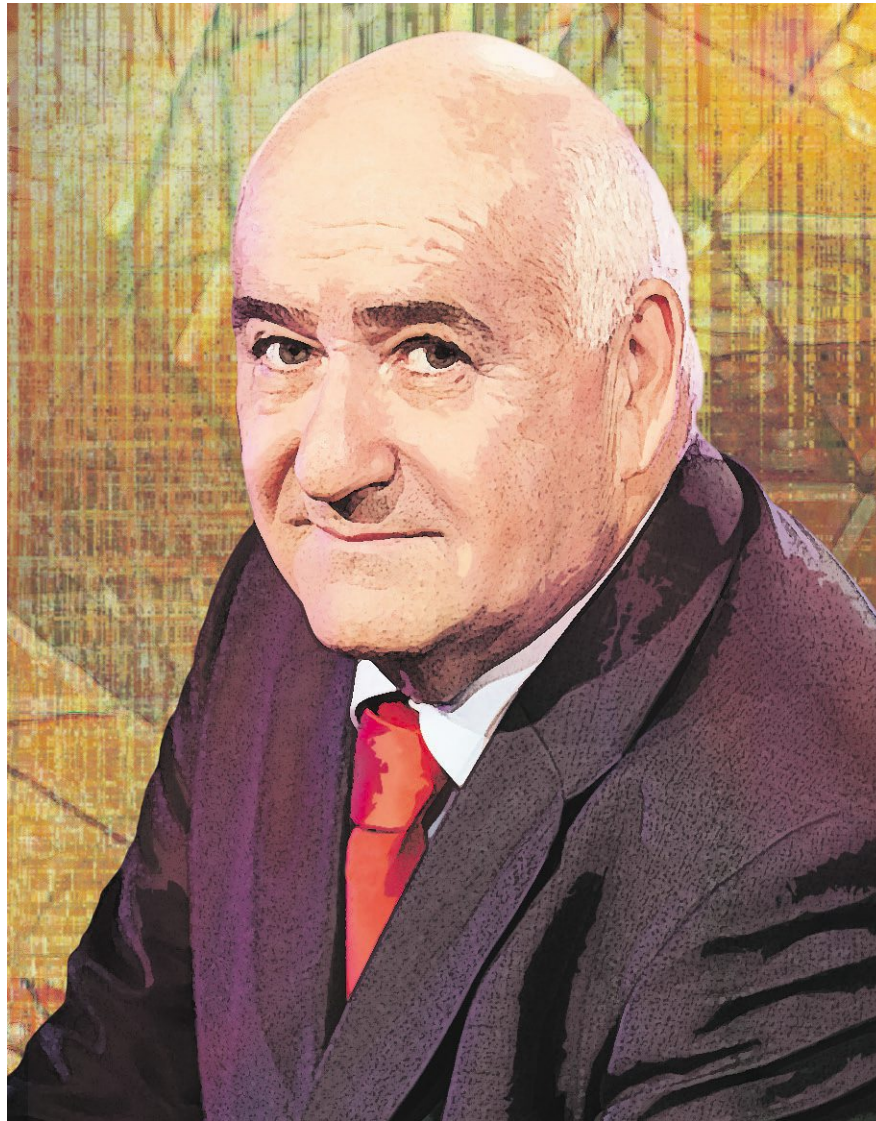
Und was ist inzwischen neu? Die Partei-Eliten sprechen doch noch immer in den alten Mustern, von links und rechts, von progressiv und konservativ, von „Lagerwahlkämpfen“ und „Lagerkonflikten“. Drei verschiedene Kommunikationsmuster dominieren die Szene des Parteienwettbewerbs: die Kommunikationskonstellation der Funktionsträger der Parteien. Diese ist weitestgehend unverändert: Man deklariert die gleichen Stichwörter in gleicher Sprache, und man lacht über die gleichen Witze, man kennt sich ja. Darüber hinaus der Kommunikationszirkel von Funktionsträgern und direkter Anhängerschaft und die gesellschaftlich ungebundene Kommunikation, die mit den beiden andern Zirkeln praktisch nichts gemein hat in Wortwahl, Bildern, Symbolen, Befürchtungen und auch Visionen.

Doch jenseits der alten Machtorganisationen hat sich eine ungebundene Beweglichkeit, die höchst flexible Positionierung, das sogenannte „liquid voting“ ausgebildet. Diese akute Beweglichkeit resultiert nicht zuletzt aus der Erosion der Bindungen und der Legitimationen.

In diesem „liquid voting“ verbinden sich etliche Tendenzen der letzten Jahre: zunächst die Auflösung gesellschaftlicher Milieus. Wollte man früher den Pulsschlag der Union fühlen, dann reichte ein Gespräch mit dem katholischen Pfarrer; wollte man den Pulsschlag der SPD erfassen, dann reichte ein Gespräch mit dem Gewerkschaftsfunktionär. Dann vollzog sich die Erosion der alten Erklärungsblöcke aus der Erinnerung an den Ost-West-Konflikt, die Gut und Böse, links und rechts klar definierten. Dies wurde ergänzt durch die Entdramatisierung politischer Konfliktlagen.

Mehr als 70 Prozent der Bürger sehen keinen Unterschied zwischen den Parteien; folgerichtig lässt die Wahlbeteiligung nach. Der zusätzliche Vertrauensentzug gegenüber allen politischen Instanzen führt zum inzwischen dominanten Muster „Misstrauen“. Deutlich mehr als 50 Prozent der Bürger vertrauen keinem einzigen Politiker. Im jährlich ermittelten „Trust Barometer“ nimmt Deutschland international den Spitzenplatz im Misstrauen ein.

Hinzu kommen die Folgen der Digitalisierung. Sie hat einen neuen Aggregatzustand des Politischen geschaffen. Wir registrieren eine dramatische Steigerung der Geschwindigkeit der Informationsabläufe. Weltweit ist alles in Jetzt-Zeit verfügbar. Die digitale Datenlage ist punktuell und damit kontextlos. Die quantitativ kreierte



opa [M] Handelsblatt

Algorithmen des Internets schaffen die merkwürdigsten künstlichen Kontexte.

Folgerichtig ist dabei: Die Wahlentscheidung der Bürger erfolgt immer später - circa 30 Prozent in den letzten Tagen vor der Wahl, circa 15 Prozent am Wahltag selbst. Die Stammwählerschaft lag einst deutlich über 80 Prozent, heute bestenfalls bei 15 Prozent der Wähler.

Zur Erinnerung: 1969 geschah ein tiefer Einschnitt, als Willy Brandt Bundeskanzler wurde. Der SPD reichten 3,7 Prozent an Zugewinn. Im Jahr 2008 verlor die CSU 17 Prozent. Die Dimensionen der Wählerbewegung haben andere Größenordnungen angenommen. Im Jahr 1976 gewann Helmut Kohl 48,6 Prozent der Stimmen - und im Jahr 2005 reichten Angela Merkel 35,2 Prozent für die Eroberung des Bundeskanzleramtes, 2009 gar 33,8 Prozent. Hinzu kommt: Die Zahl der taktischen Wähler wächst, die primär eine Konstellation, nicht eine Partei wählen. Diese Lage findet auch neue Typen von Mandatsträgern.



Nach der Bundestagswahl wird man wohl die Lagerformationen alter Zeiten wirklich in die Geschichtsbücher oder die Museen der Republik abschieben.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Unionskonzept der „asymmetrischen Demobilisierung“ als zielgenau: allen Ärger vermeiden, der die Konkurrenten aktivieren könnte. Schließlich gibt es ja die neue Freude am Protest: Rauchverbot, Stuttgart 21, Renovierung des Marktplatzes, Tiefgaragenbau, 3. Startbahn München, Sportplätzebau, Fluglärm, Umgehungsstraße. Die Empörungsbereitschaft ist groß.

Als eine Art „Kommunikationswolke“ erscheint vor diesem Hintergrund das Phänomen der Piraten-Partei, die jenseits der demoskopischen Kurven des Auf und Ab weiter schwebt. 70 Prozent der Anhänger der Piraten haben als eigentlichen Grund die Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien angegeben. Diese Wolke bleibt, wächst eher an und erhält weiteres Futter durch das hurtige Klein-Klein im fast täglichen Themenwechsel der Politik. Auch die Parteineugründung „Alternative für Deutschland“ versucht, sich diese Wolke des Unmuts zunutze zu machen.

Der rasche Positionswechsel liefert Daten in der Energiepolitik über die Aussetzung der Wehrpflicht bis hin zu den Studiengebühren. Dazu kommt ein weitestgehend materieller Themenkatalog: Betreuungsgeld, Krankenversicherungsbeitrag auf 15,5 Prozent, Praxisgebühr, Mindestlohn, Bezuschussung regenerativer Energie, Hotelsteuer, Einkommen von EU-Beamten, Länderfinanzausgleich, Senkung des Rentenbeitrags von 19,6 auf 18,9 Prozent, Vereinfachung des steuerlichen Reisekostenrechts. Kurzum: eine Politik der Gebühren und Zuschüsse.

In dieser Zeit ist der Begriff „Rettungs-routine“ das Wort des Jahres geworden. Wie können auf dieser Grundlage die Antworten zur Organisation der künftigen Macht nach der Bundestagswahl am 22.

September 2013 aussehen? Zwei Alternativen sind denkbar. Die erste lautet: die politisch kulturelle Anstrengung, zu den alten Erfolgsrezepten des Parteienstaates zurückzukehren: zum Angebot von Geschichtsdeutung und Zukunftsbild der Gesellschaft. So war es bei der Westintegration und der Sozialen Marktwirtschaft, bei der Entspannungspolitik und der sozialen Teilnahme, bei der „geistig-moralischen Wende“ und der „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“, bei der Umsetzung des Nato-Doppelbeschlusses und der deutschen Einheit.



Mehr als 50 Prozent der Bürger vertrauen keinem einzigen Politiker. Im „Trust Barometer“ nimmt Deutschland den Spitzenplatz im Misstrauen ein.

Letzte Ahnungen solcher großer Bilder hatte es noch im Bundestagswahlkampf 1998 gegeben - von der Siegerseite! Ein solches Erfolgsrezept kann man revitalisieren. Die zweite Alternative lautet: dem „liquid voting“ nicht mehr die Hülle der alten Lager überstülpen. Keines der beiden „Lager“ verfügt über eine stabile, kalkulierbare Mehrheit.

Es gibt Möglichkeiten, die Folgen zu organisieren: Die beiden großen Volksparteien schließen sich zu einer - inzwischen ja kleineren - Großen Koalition zusammen. Für die Beteiligten bedeutet dies die sanfteste Lösung, warm wattiert, machts stabil. Oder eine große Volkspartei versucht, mit kleinen Partnern die jeweilige Mehrheit zu organisieren. Das könnte eine „Ampelkoalition“ (Rot-Gelb-Grün) werden oder eine „Jamaika-Koalition“ (Schwarz-Gelb-Grün).

Die Union könnte das mit den Grünen versuchen. Aber am einfachsten zu handeln wäre dieses Vorgehen für die SPD: SPD, Grüne, Linke - und wen immer man sonst noch zur Mehrheitsbeschaffung brauchen sollte.

Das alte Feindbild von SPD und Linker ist historisch abgelagert und ohne aktuelle Vitalität. Zum elementaren Feindbild gehörten die Eckpfeiler Schröder, Müntefering, Lafontaine. Diese Dreierbeziehung hatte ja geradezu tiefenpsychologische Dimensionen. Inzwischen bietet der Hinweis auf diese personale Triade bestenfalls ein historisches Schlachtengemälde. Auch mit einer bloß mittleren Führungsleistung der SPD kann es daher nun gelingen, die Mehrheit neu zu organisieren.

Kurzum: Nach der Wahl wird man wohl die Lagerformationen alter Zeiten wirklich in die Geschichtsbücher der Republik abschieben. Sie verfügen nicht mehr über die notwendige gesellschaftliche Grundierung. Spätestens dann wird die alte Lagerhysterik abgelegt und die gesellschaftliche Wirklichkeit neu erfasst.

Der Autor ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com